

Klimaschutz: ambitioniert und sozial gerecht gestalten

Die Caritas positioniert sich zum Thema Klimagerechtigkeit

I. Unser Auftrag

Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz bedingen sich gegenseitig: „Wir kommen [...] heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“¹ (LS 49) Papst Franziskus betont in seiner Enzyklika „Laudato si“ (2015) ein integratives Verständnis des Klimaschutzes: Soziales und Klimaschutz sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Somit betrifft die Gestaltung eines sozial gerechten Klimaschutzes das Kernanliegen der Caritas: den von der Klimakatastrophe am stärksten betroffenen Armen aus einer christlichen Motivation heraus beizustehen.

Christlicher Glaube kritisiert bestehende Verhältnisse und motiviert zu suffizienzorientiertem Handeln: Der Beitrag einer christlichen Perspektive zum Klimaschutz liegt in der Unterbrechung² von politisch festgefahrenen Denkweisen. Offenheit für kreative Ideen anzuregen ist auch Aufgabe von Kirche und ihrer Caritas. Der christliche Sinnhorizont bietet Inspiration für nachhaltige Lebensmodelle. Dabei kann sich die verbandliche Caritas am Leitgedanken der Suffizienz, wie er auch durch Papst Franziskus starkgemacht wird, orientieren: Nicht viel zu haben, sondern gut zu leben, ist die Grundhaltung christlicher Spiritualität. Diesen Gedanken gilt es vor allem mit Blick auf Menschen, die den Diensten und Einrichtungen der Caritas anvertraut sind, zu differenzieren, um nicht einer Sozialromantik das Wort zu reden, die einer real prekären Situation völlig unangemessen ist. Die „Option für die Armen“³ schließt nicht nur eine radikale Subjektorientierung⁴, sondern auch das Empowerment der Menschen ein. An dieser „Option“ ist zu messen, ob ausreichend für den Erhalt des Planeten getan wird. Klimaschutz darf nicht zuvorderst Einkommensschwächere belasten. Vielmehr gilt es, Reformen in die Wege zu leiten, die sowohl der notwendigen Treibhausgasemissionsreduktion Rechnung tragen als auch soziale Gerechtigkeit befördern.

Klimaschutz als globales Thema dreht sich um die substanzielle Frage nach Gerechtigkeit: Im Kern geht es um eine nachhaltige Entwicklung und weltweite Solidarität, wie sich dies auch im

Verständnis von Caritas Internationalis wiederfindet: „Climate change is a global relief and development issue and unquestionably a global solidarity issue.“⁵ Caritas international, das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, setzt verstärkt Projekte in diesem Verständnis um. Denn die durch den Klimawandel immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse werden deshalb zu Katastrophen, weil es Menschen gibt, die diesen Phänomenen schutzlos ausgeliefert sind. Es leiden zuallererst die Schwächsten und Verletzlichsten – zumeist die in Armut lebenden Menschen.

II. Die Herausforderung

Verursachung und Auswirkung der Klimakrise verteilen sich entlang sozioökonomischer Grenzen: Die Klimakrise mit ihren absehbaren Folgen wie steigenden Temperaturen, zunehmenden Wetterextremen, Hitzewellen, Dürren, Waldbränden, Intensivierung tropischer Stürme und Starkniederschlägen sowie dem Anstieg des Meeresspiegels hat längst begonnen. Unter den Folgen leiden zuvorderst Menschen im globalen Süden, doch auch in den nördlichen Ländern spüren gerade ältere Menschen, einkommensschwache Personen sowie Kinder und Jugendliche die Auswirkungen der Klimakrise. So wohnen beispielsweise Einkommensärmere häufig in schlecht isolierten Wohnungen, die sich in heißen Sommern stark aufheizen und die nötige Abkühlung nicht zulassen. Hitzestress, daraus resultierende Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind direkte Folgen der Klimaerhitzung. Die Verursachung und Auswirkungen sind sehr ungleich verteilt entlang von sozioökonomischen Kriterien.

Sozial-ökologische Transformation durch Reduktion von Treibhausgasen ist erforderlich: Um die negativen Folgen für Mensch und Natur in Grenzen zu halten und die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius bis Ende des Jahrhunderts zu begrenzen, müssen Treibhausgasemissionen, wie im Abkommen von Paris völkerrechtlich verbindlich vereinbart, drastisch und zeitnah reduziert werden. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation ist erforderlich, um gesamtgesellschaftlich eine Klimaneutralität bis 2050 erreichen zu können. Spätestens zu diesem Zeitpunkt dürfen netto keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre abgegeben werden. Dies bedeutet zunächst und

zuvorderst, dass der Verbrauch an Energie und der Ausstoß an Treibhausgasen so weit wie möglich reduziert werden müssen. Zweitens gilt es, erneuerbare Energien auszubauen und einzusetzen. Drittens müssen für den Rest an unvermeidbaren Emissionen Kompensationsmaßnahmen umgesetzt werden. In der Regel sind das Kompensationsprojekte in Entwicklungs- oder Schwellenländern, bei denen CO₂-Reduktionen vergleichsweise kostengünstig erfolgen können. Je länger gewartet wird, Versprechungen abgegeben, aber nicht eingelöst werden, desto tiefgreifender und eruptiver muss in den verbleibenden Jahren gehandelt werden, mit nicht absehbaren Konsequenzen für das Zusammenleben auf dem Planeten.

III. Wege zur Lösung

Sozial gerechter Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe: In der Klimaschutzpolitik gibt es kein „Entweder-oder“ mehr, alle Instrumente sind anzuwenden – vom Ausbau der öffentlichen und klimaschutzbefördernden Infrastruktur, über Preispolitik, Ge- und Verbote, ökonomische Anreizstrukturen und Anpassungen an die Klimakrise bis hin zu finanzieller Unterstützung der Länder des globalen Südens. Klimaschutz wird als Querschnittsaufgabe alle Politikfelder durchziehen (müssen), und dies auf allen föderalen Ebenen. Darauf zu warten, bis andere agieren, kann nicht als Strategie für nationales Handeln gelten. Die bisherige Klimaschutzpolitik in Deutschland hat die Schnittstelle von Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit vernachlässigt – mit bereits heute messbaren Akzeptanzproblemen. Der Deutsche Caritasverband fokussiert daher in seinen Forderungen auf Maßnahmen, die weitreichenden Klimaschutz und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit befördern.

Ambitionierten und sozial gerechten Klimaschutz zur Leitlinie der Daseinsvorsorge werden lassen: Werden die grundlegenden Bereiche der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Zugang zu Energie, Mobilität oder Gesundheit durch öffentliche Investitionen und Förderungen klimaneutral bereitgestellt, profitieren alle Bevölkerungsgruppen von weitreichendem Klimaschutz. Um zudem dem Suffizienzgedanken Rechnung zu tragen und Gerechtigkeitsaspekte zu verwirklichen, sollte folgende Maxime handlungsleitend werden: ein ausreichender Zugang zu Energie, Mobilität und Wohnen ist zu günstigen Preisen zu ermöglichen, darüber hinausgehender Verbrauch wird progressiv und stark ansteigend besteuert.⁶

Zusätzlich sind Maßnahmen in weiteren Bereichen erforderlich. Die Energiegewinnung ist durch eine fortgesetzte Energiewende vollständig regenerativ zu gestalten und durch die Kriterien der Energieeffizienz und des Energiesparens zu ergänzen. Förderprogramme zur gezielten Integration Einkommensarmer in den Ausbau regenerativer Energien lassen auch sie zu ökonomischen

Nutznieser(inne)n der Energiewende werden. Klimaschutz ist als Leitlinie in der Stadtentwicklung zu etablieren: Eine integrierte, klimaneutrale, inklusive und an (Flächen-)Gerechtigkeitsaspekten ausgerichtete Stadt der kurzen Wege mit gemischten Quartieren ist anzustreben. Hierzu gehört auch die sozial-ökologische Transformation von Mobilität, welche im Sinne einer „sanften Mobilität“ (Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Förderung von Fuß- und Radwegen, Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs) zu gestalten ist. An einer zentralen Stelle der Klimagerechtigkeit liegt der Gebäudesektor: Hier gilt es, über eine deutliche Erhöhung der Modernisierungsrate, eine Reform der Modernisierungsumlage und die monetäre Unterstützung von Transferhilfebezieher(inne)n Klimaneutralität zu erreichen und mit Bezahlbarkeit in Einklang zu bringen.

Im Bereich Strom ist durch den „Stromspar-Check“ ein wichtiger Beitrag zum sozial gerechten Klimaschutz gelungen. Darüber hinaus sollte angestrebt werden, dass Strom vollständig erneuerbar und für alle bezahlbar ist, beispielsweise durch eine veränderte Finanzierung der Energiewende. Darüber hinaus ist ein rascher Abbau klimaschädlicher Subventionen anzustreben, während klimaschutzförderliche Infrastruktur ausgebaut wird. Die Corona-Konjunkturprogramme sind an die Erreichung von Klimaschutzziele zu binden. Den Megatrend der Digitalisierung gilt es, in den Dienst der sozialen Gerechtigkeit und des Klimaschutzes zu stellen, indem beispielsweise neue digitale Technologien für klimaschutzrelevante Informationsbeschaffungs- und Steuerungssysteme genutzt werden.

Eigene Klimaneutralität stärkt die Glaubwürdigkeit der (verbandlichen) Caritas: Unsere Forderung nach einer sozial gerechten Klimapolitik muss gepaart sein mit eigenen Anstrengungen in Sachen Klimaschutz. Hier gilt es insbesondere, die Bereiche Gebäude, Beschaffungswesen, Mobilität und Finanzanlagen in den Blick zu nehmen und kraftvoll Wege hin zur Dekarbonisierung zu beschreiten. Die Refinanzierungsbedingungen, mit denen die Einrichtungen und Dienste der Caritas konfrontiert sind, müssen weiterentwickelt und durch einen Klimazuschuss ergänzt werden: Gebäudesanierungen und die Mehrkosten, um bei einem Neubau Klimaneutralität zu erreichen, müssen ausreichend refinanziert werden. Eine klimagerechte Ausrichtung darf nicht länger dem Wirtschaftlichkeitsprinzip widersprechen. Es gilt, ein entsprechendes Bewusstsein und konkrete unterstützende Regelungen bei den relevanten Kostenträgern zu schaffen. Für die verbandliche Caritas ist die Erreichung der Klimaneutralität in den vier genannten Bereichen bis zum Jahr 2030 ein ambitioniertes, aber der Problematik angemessenes Ziel. Die Umsetzung sollte im Rahmen eines (extern) durchgeführten verbandlichen Monitorings regelmäßig überprüft und transparent gemacht werden. »

IV. Fazit

Caritas kann und muss ihre sozialpolitische Kompetenz in den Diskurs einbringen: Die Gestaltung und Akzeptanz der sozial-ökologischen Transformation hängt entscheidend von einer geteilten Vision unseres künftigen Zusammenlebens als Gesellschaft ab. Der Diskurs über eine solche gemeinsame Zukunftsperspektive sollte inklusiv sein und insbesondere auch die Perspektiven und Anliegen bislang benachteiligter Gruppen und junger Menschen aufnehmen, da sie vor allem in der Zukunft davon betroffen sein werden. Hier kann und muss sich die Caritas mit ihrer umfassenden Kompetenz in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Sozialpolitik einbringen. Darüber hinaus kann sie selbst in ihren Geschäftsstellen, Diensten und Einrichtungen einen Beitrag zur Klimaneutralität leisten.

Zusammenfassen lässt sich der Handlungsauftrag mit den Worten von UN-Generalsekretär António Guterres: „Alles kostet etwas, aber nichts zu tun ist die teuerste Variante überhaupt.“ Und dies in ökonomischer wie in sozialer Hinsicht.

Freiburg, 18. November 2020

PRÄLAT DR. PETER NEHER

Präsident

Caritasrat im Auftrag der 20. Delegiertenversammlung des DCV

Kontakt: Astrid Schaffert, Referentin Kompetenzbereich
Organisation, Strategie und Theologie beim DCV,
E-Mail: astrid.schaffert@caritas.de

Anmerkungen

1. SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Hrsg.): *Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus*. Bonn: VAS 202, 4., korr. Auflage, 2018.

2. Vgl. hierfür die Definition von Johann Baptist Metz von Religion als „Unterbrechung“.

3. Entstanden in der lateinamerikanischen Befreiungstheologie der 1960er- und 1970er-Jahre wurde sie in die lehramtliche Theologie aufgenommen. KRUIP, G.: *Globale Gerechtigkeit und Option für die Armen. Konsequenzen für die weltweite Armutsbekämpfung*. In: DABROWSKI, M.; WOLF, J.; ABMEIER, K. (Hrsg.): *Globalisierung und globale Gerechtigkeit*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2009, S. 11–32, S. 17.

4. *Arme und benachteiligte Personen sind Subjekte, die Expert(inn)en für ihr eigenes Leben und nicht Objekte von barmherzigen Hilfsmaßnahmen sind.*

5. Caritas Internationalis, *Climate Justice*, 22 (s. dazu <https://bit.ly/2WsQol6>)

6. *In eine ähnliche Richtung gehende Ansätze lassen sich bereits im heutigen Steuersystem finden, wie beispielsweise die nach dem Hubraum bemessene Kfz-Steuer oder die Zweitwohnungssteuer. Diese Ansätze gilt es stärker am Klimaschutz auszurichten, den Anstieg progressiver zu gestalten und auf weitere Bereiche auszudehnen.*